

Volkszählung verhindern jetzt erst recht!

Am 7. März wurde der Stand der Volkszählungsboykott-Initiative auf dem Luisenplatz von der Polizei abgeräumt. Das Plenum der VoBo-Initiative hatte beschlossen, trotz verweigerter Genehmigung einen Infostand aufzubauen.

Gegen 12 Uhr tauchten plötzlich zwei Mannschaftswagen auf, und als wir den Stand nach Räumungsaufforderung kurzerhand verlegten, wurden die Ordnungshüter rabiat, hielten mehrere Leute fest und nahmen von etwa 15 die Personalien auf. Besonders tat sich dabei ein Hundeführer hervor, dessen Hund mehrere Unbeteiligte anfiel. Als einer von uns daraufhin seinen Namen wissen wollte, reagierte er mit Beschimpfungen und ließ schließlich das Tier auf ihn los. Biss in den Arm, zerfetzte Jacke, Krankenhaus.

Letzten Sonnabend das Gleiche: Trotz abgelehnter Genehmigung wollten wir über die Polizeiübergriffe informieren und Flugblätter verteilen. Wieder Polizei, Drohungen, aber wir bauten den Stand woanders auf und machten weiter.

Der erste Antrag für eine Standgenehmigung wurde aus rein formalen Gründen abgelehnt, da eine einzelne Person nicht für die Gruppe der Volkszählungsgegner sprechen könne. Einer inhaltlichen Auseinandersetzung ging auch das Verwaltungsgericht aus dem Weg.

Das änderte sich beim zweiten Antrag, es wurde vom Magistrat Informationsmaterial angefordert. Mit dem, so behauptet die Stadt, wird durch Anleitung indirekt zum Volkszählungsboykott aufgerufen. Der Antrag wurde abgelehnt. Das Verwaltungsgericht als nächste Instanz ging noch weiter und unterstellte direkten Aufruf zum Boykott der Volkszählung und damit Aufruf zur Ordnungswidrigkeit. Begründet wurde das durch Verweis auf das Buch "Was Sie gegen Mikrozensus und Volkszählung tun können" v. V. Rottmann und H. Strohm, das immerhin schon in einer Auflage von über 110.000 erscheint und frei im Buchladen zu kaufen ist. Theoretisch könnten mit dieser Begründung sämtliche Infos, die sich kritisch mit der Volkszählung auseinandersetzen, beschlagnahmt werden.

OB Metzger betonte im Darmst. Echo vom 16.3., daß es auch weiterhin keinen Infostand geben werde. Mit dieser Haltung beteiligt sich die Stadt Darmstadt an der Kriminalisierung des Widerstandes gegen die Volkszählung, die jetzt mit allen Mitteln der Staatsgewalt durchgesetzt werden soll. Telefonleitungen gekappt, Geldstrafen angedroht, Infostände von der Polizei geräumt und Millionen für Propaganda ausgegeben. Der Staat demonstriert Stärke gegenüber dem wachsenden Mißtrauen der Bevölkerung. Wo Argumente fehlen, muß die Staatsgewalt herhalten, Die Art, wie hier vorgegangen wird, läßt sich beliebig auf andere Protestgruppen übertragen. Informationen über verschiedenste Formen des Widerstandes können als Aufruf zu Straftaten unterdrückt werden, z.B. Blockadeaufrufe. Trotz dieser Verfolgung interessieren sich immer mehr Leute dafür, was sie gegen die Volkszählung unternehmen können.

KOMME ALLE AM SAMSTAG ZUM STAND AN DEN LUI!!

Jeden 1. und 3. Freitag 20 Uhr VoBo Plenum alte TH, Hauptgebäude

Gezählt wird nicht!

PENG!



Volkszählungsboykott